



IFOK.

Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg -  
Online-Konsultation & Dialogveranstaltung

Auswertung des Handlungsschwerpunkts III.  
„Brandenburg als Modellregion im Umgang mit Energie  
und Klimawandel“

Berlin, 23. Dezember 2013

## Inhaltsverzeichnis

<b>Handlungsschwerpunkt III: Brandenburg als Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel .....</b>	<b>2</b>
<b>Übersicht Kommentare</b>	<b>2</b>
<b>1. Ausgangssituation</b>	<b>3</b>
<b>2. Handlungsbedarf</b>	<b>8</b>
<b>3. Leitbild</b>	<b>11</b>
<b>4. Handlungsfelder</b>	<b>13</b>
<b>4.1 Handlungsfeld 1: Energie und Klimaschutz (Energiewende)</b>	<b>13</b>
4.1.1 Ziele .....	13
4.1.2 Maßnahmen.....	18
<b>4.2 Handlungsfeld 2: Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel)</b>	<b>25</b>
Übersicht.....	25
4.2.1 Ziele .....	26
4.2.2 Maßnahmen.....	29

## **Handlungsschwerpunkt III: Brandenburg als Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel**

Die nachfolgenden Seiten zeigen die innerhalb des Beteiligungsprozesses zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg geäußerten Hinweise und Kommentare zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie (LNHS). Die Kommentare sind sowohl im Rahmen einer Online-Beteiligung Ende 2013 (gekennzeichnet durch ein „OK“ inklusive nachfolgender Referenznummer) sowie einer Dialogveranstaltung in Potsdam am 6. Dezember 2013 (gekennzeichnet mit einem „DV“ inklusive nachfolgender Referenznummer) eingegangen.

### **Übersicht Kommentare**

Laut Einschätzung der Kommentatoren haben die Themen Energie und Klimawandel eine zentrale Bedeutung für Brandenburg. Kontrovers kommentiert werden das fehlende Bekenntnis zur Energiewende und ein fehlendes Ausstiegsszenario für die Braunkohle. Während einige der Kommentatoren die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Braunkohle für Brandenburg hervorheben, ist der Ausstieg für andere unabdingbar für eine nachhaltige Energieversorgung. Dabei sei es wichtig, den Ausstieg sozialverträglich zu gestalten und Perspektiven für die Beschäftigten aus diesem Bereich zu bieten. Auch die Energiestrategie wird in diesem Zusammenhang als überholungsbedürftig angesehen. Mit Zahlen untermauerte Ziele (bspw. Senkung der Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen) werden eingefordert, um die Verbindlichkeit der LNHS zu stärken. Auch ein Landesklimaschutzgesetz wird mehrfach als wünschenswert angesehen.

## 1. Ausgangssituation

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-519	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) spricht für das Jahr 2012 von 59,5 Millionen Tonnen CO2-Emissionen im Land Brandenburg. Damit stiegen auch im Jahr 2012 die Emissionswerte wieder. Diese Entwicklung spricht nicht für eine "Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel".
OK-172	v. Tengg-Kobligh, Dietrich	Fraktion Bündnis90/Die Grünen	Aktuell (2012) wurden laut MUGV ( <a href="http://www.lugv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.296595.de">http://www.lugv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.296595.de</a> ) 59,5 Mio. t CO2 in Brandenburg emittiert. Seit 2009 steigen die CO2 Emissionen des Landes kontinuierlich an. [Teil 1] Um die Ausgangslage für eine "Modellregion im Umgang mit Energie und Klimawandel" korrekt zu beschreiben, sollte diese Entwicklung benannt werden. Eine klare Darstellung der Ausgangslage dient einer präzisen Analyse, ob sich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen die gesetzten Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie erreichen lassen. [Teil 2]
OK-356	Ebeling, Rainer		Die Interpretation der Ausgangssituation konzentriert sich nur auf die CO2-Reduzierung. Der Aspekt, die Endlichkeit der Energieträger kommt zu kurz.  Es wurde schon richtig erkannt, die Braunkohleverstromung ist noch unverzichtbar. 75% Anteil an erneuerbarer Energie ist nur möglich, weil ca.60% exportiert werden.  Ziele der Energiestrategie sind auf Realisierbarkeit zu prüfen (schon jetzt werden massiv Kriterien für den Windradausbau dem Planungsziel angepasst, Biomasse stößt an seine Grenzen). Bei der Wärmebereitstellung ist der Anteil Erneuerbare Energie zu erhöhen, da dort auch ein höherer Wirkungsgrad erreicht wird.
OK-911	Lars Roskoden		<b>Kommentar auf Kommentar OK-356</b>  Import und Export von Strom kann als Argument nicht herhalten: ca. 90% des in Brandenburg verzehrten Stroms müssen auch importiert werden. Der Export von Braunkohlenstrom basiert auf den heute unflexiblen Kraftwerken. Braunkohlekraftwerke könnten die Schwankungen aus EE-Strom viel besser

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>ausgleichen, wenn sie wollten, denn die Wetterprognosen werden immer genauer und früher vorhersehbar. [Teil 1]</p> <p>Biomasseanlagen sollte in der Tat nicht mit extra angebautem Substrat beschickt werden (Flächenkonkurrenz) und haben sowieso eine negative Klimabilanz (wegen Methanentweichungen)! [Teil 2]</p>
<b>OK-518</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) e.V. begrüßt ausdrücklich das Bemühen der Landesregierung, eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg zu entwickeln. Jedoch hält der Entwurf weiterhin an der Verstromung von Braunkohle fest. Dies steht im Widerspruch mit den ambitionierten CO2-Einsparzielen. Diese sind aufgrund der immensen Emissionen bei der Verstromung von Braunkohle nicht einzuhalten. Der BWE hält an seiner Forderung fest, die Landesregierung soll unverzüglich ein Ausstiegsszenario aus der Braunkohle erarbeiten und umsetzen.
<b>OK-436</b>	Sperfeld, Franziska	BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Brandenburg	Die Ausweitung der Perspektive der Energiestrategie auf das Jahr 2050 wird in Aussicht gestellt. Dabei ist aus Sicht des BUND zu beachten, dass der jetzige Trend der CO2-Emissionen eher auf eine Zunahme hindeutet – ein erweiterter Zeithorizont darf die klimapolitischen Ziele der CO2-Einsparungen nicht in Frage stellen, sondern muss konkrete Zwischenziele definieren und adäquate Maßnahmen benennen, um diese zu erreichen. Das größte Potential zur Dekarbonisierung der Energiewirtschaft liegt unserer Auffassung nach im schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, in der Nachhaltigkeitsstrategie eine konkrete Aussage zu machen, wie ein Ausstiegsszenario erarbeitet und gesellschaftlich ausgehandelt wird.
<b>OK-902</b>	Lars Roskoden		Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO2), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit Erneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.
<b>OK-960</b>	Sonja Viebahn		<b>Kommentar auf Kommentar OK-436</b>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>Wie aus dem Papier hervorgeht, produziert Brandenburg ja schon 75% seines Strombedarfs aus regenerierbaren Quellen. 60% der hier produzierten Energie verkauft Brandenburg. Sinnvoller wäre es doch die Energie hier im Land zu nutzen, regional Strom zu erzeugen und auch zu verbrauchen. Hier kann man sich das Konzept der Elektrowerke Schönau e.G. zum Vorbild nehmen und vor allem für Speichermöglichkeiten, sowie den Ausbau der Geothermie als ständig verfügbare Energiequelle weiter forschen.</p> <p>Aus Windenergie die nicht abgenommen werden kann, kann durch einen Elektrolyseprozess klimaneutral Wasserstoff erzeugt werden. Der Wasserstoff kann vor Ort in die regionalen Ferngasnetze eingespeist und bei hohem Strombedarf wieder CO<sub>2</sub>-neutral in Strom umgewandelt werden. Hier besteht Forschungsbedarf.</p>
<b>OK-252</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit	Entgegen den Empfehlungen des NHB wird in dem Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin- wie in der Energiestrategie 2030 – an der Verstromung von Braunkohle festgehalten. Der Widerspruch zwischen ambitionierten CO <sub>2</sub> –Einsparzielen und den tatsächlichen Emissionen bei der Verstromung von Braunkohle ist so nicht aufzulösen. Der NHB hält daher an seinem Vorschlag fest, das Land müsse einen konkreten Stufenplan für einen zeitnahen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle erarbeiten.
<b>OK-915</b>	Sonja Viebahn		<p><b>Kommentar auf Kommentar OK-252</b></p> <p>Das Geld, welches jetzt für Ausbau von Braunkohletagebauen in der Lausitz ausgegeben wird, könnte Brandenburg zur weiteren Forschung über die effektive Speicherung von Energie und in den weiteren Ausbau regenerativer Energiequellen wie die Geothermie als sichere Energiequelle oder in die Förderung kleiner regionaler Energieerzeuger verwenden.</p>
<b>OK-999</b>	Bert Vulpus		Konflikte Landnutzung Bergbauliche Eingriffe stellen ohne Zweifel Eingriffe in Natur und Landschaft dar, die zeitlich befristet sind. Im Rahmen der Rekultivierung/Renaturierung entstehen hoch attraktive Nachnutzungsmöglichkeiten für Tourismus und Naherholung aber auch für Natur- und Artenschutz (Biodiversität). Diese Besonderheit, die gerade im südlichen Brandenburg einen ganzen Landstrich prägt findet in der Nachhaltigkeitsstrategie keine angemessene Bewertung.
<b>OK-913</b>	Lars Roskoden		<p><b>Kommentar auf Kommentar OK-999</b></p> <p>Die zeitliche Befristung erstreckt sich leider über Zeiträume von Generationen. Dazu wurden unnötiger Weise Menschen ihrer Heimat beraubt und schützenswerte Naturräume unwiederbringlich zerstört. Dahingegen zerstört die Windkraft z.B. die Landschaft nicht, sondern beeinträchtigt nur das</p>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			LandschaftsbILD, mit dem aber die jungen Generationen genauso aufwachsen und daran gewöhnt sind wie wir mit großen Stromtrassen, Straßen voller Autos und begradigten Flüssen. Lieber mit einem Windpark in 1 km Entfernung von meinem Haus entfernt leben als von der Abaggerung meines ganzen Dorfes bedroht zu sein!
<b>OK-110</b>	Vulpus, Bert	Unternehmerv erband Mineralische Baustoffe (UVMB) e.V	Die Nachhaltigkeitsstrategie verkennt völlig die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Braunkohlenindustrie und der Energiewirtschaft in Brandenburg. Diese muss zwingend in der Ausgangssituation dargestellt werden!  Die einseitige Abstellung auf CO2-Emissionen hält dem Drei-Säulenmodell der Nachhaltigkeit nicht stand.
<b>OK-157</b>	v.Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstell e Nachhaltigkeit sbeirat	<b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-110</b>  die Berechnungen von PROGNO S (S 62 ff und 84) weisen nach, dass ggw. nur etwa 1% der im Lande Beschäftigten direkt oder indirekt ihren Arbeitsplatz durch die Braunkohle haben bei weiterhin abnehmender Tendenz
<b>OK-158</b>	v.Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstell e Nachhaltigkeit sbeirat	<b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-110</b>  Die Stromerzeugung aus Braunkohle trägt in 2010 gerade mal mit ca. 2% zu dem gesamten Einkommensteueraufkommen Brandenburg bei (direkte und indirekte Effekte). Das Aufkommen wird bis 2030 auf 25 - 40% absinken. Der entsprechende Beitrag zu dem einkommen- und gewinnabhängigen Steueraufkommen der Gemeinden liegt 2010 bei 1,8%.
<b>OK-154</b>	v.Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstell e Nachhaltigkeit sbeirat	Der NHB bedauert, dass im Titel dieses Kapitels nur noch von Energie und nicht mehr von Energiewende die Rede ist. Dies erweckt den Eindruck, die Landesregierung räume der, auch vom Bund vorgegebenen Energiewende eine untergeordnete Bedeutung zu.
<b>OK-521</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der BWE vermisst das klare Bekenntnis zur Energiewende. Die Kapitelüberschrift sollte ein solches Bekenntnis widerspiegeln.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
<b>OK-340,</b> OK-343, OK-344, OK-336, OK-335, OK-337, OK-338, OK-339	Spangenberg, Andrea-Liane	Bioenergiedorf -Coaching Brandenburg e.V.	Auch an dieser Stelle verweisen wir auf den Ansatz "Garten der Metropolen" ( <a href="http://www.bioenergiedorf-coaching.de">www.bioenergiedorf-coaching.de</a> ) mit der Bitte um Berücksichtigung, da Themenbereiche wesentlich komplexer, vielfältiger und vielschichtiger sind.
<b>OK-432</b>	Kühne, Martin	LUGV Brandenburg	lektorielle Korrekturen: 3.Abs.: ...bereits heute aus in Brandenburg erzeugten erneuerbaren...  4.Abs.: Die Klimaentwicklung der letzten Jahrzehnte...
<b>OK-933</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		Eine Erweiterung der Energiestrategie insbesondere um das Thema Wärme ist sicherlich sinnvoll.
<b>OK-913</b>	Lars Roskoden		Es sollten die drei großen Energiebereiche Elektrizität, Wärme und Verkehr miteinander verbunden werden! So kann z.B. überschüssiger erneuerbarer Strom mittels großer "Tauchsieder" die Wärmeversorgung unterstützen und jeder Laternenpfahl kann mit einer Ladesteckdose für Elektroautos ausgerüstet werden (mit Rückspeisemöglichkeit!).
<b>OK-935</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		Die konkreteren Ziele der Bundesregierung sehen bis 2030 vor, den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 50 Prozent zu erhöhen. Diese Ziele sollen insgesamt für Deutschland, nicht jedoch in jedem einzelnen Bundesland erreicht werden.  Insofern muss auch in Brandenburg der Blick über die Landesgrenzen hinausgehen. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit ist Brandenburg Energieexportland, produziert über seinen eigenen Bedarf hinaus. Dieser Export stellt einen wichtigen Teil der brandenburgischen Wirtschaftsleistung dar. Eine Energiepolitik, die binnenorientiert auf brandenburgisches Landesgebiet fixiert ist, wird daher den faktischen Gegebenheiten der Brandenburgischer Wirtschafts- und Energiepolitik nicht gerecht.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-988	Cedric von der Hellen (UVB)		Darüber hinaus bedeutet das 50-Prozentziel der Bundesregierung für 2030, dass im Umkehrschluss dann 50 Prozent der Energie aus anderen – in der Regel fossilen – Energiequellen stammen wird.
OK-961	Sonja Viebahn		<b>Kommentar auf Kommentar OK-988</b> Die kanadische Provinz Ontario steigt zum Ende 2014 aus der Kohleverstromung aus. Dieser Ausstieg hat schon im Vorfeld Firmeninvestitionen in Milliardenhöhe ausgelöst und zur Schaffung von 31000 Arbeitsplätzen beigetragen. (Siehe entsprechender Artikel bei Solarserver.de) Das sollte Brandenburg doch auch hinbekommen, wenn Brandenburg es mit der Nachhaltigkeit ernst meint. Die Braunkohle ist keine nachhaltige Energiegewinnung und keine Option.

## 2. Handlungsbedarf

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-523	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der dringliche Handlungsbedarf muss deutlicher herausgearbeitet werden. Die Folgekosten, die im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen (z.B. Braunkohle) stehen (z.B. Umsiedlung, Kontamination der Spree), werden nicht betrachtet. Erneuerbare Energien bieten Brandenburg die Chance auf nachhaltige Energieversorgung sowie nachhaltigen Klimaschutz.
OK-175	v. Tengg-Kobligk, Dietrich	Fraktion Bündnis90/Die Grünen	Der Handlungsbedarf sollte konkreter beschrieben werden. Die Bewertung der Energiestrategie kann sich dann indirekt aus dem Handlungsbedarf ergeben. Der Umbau der Energieversorgung von einer CO2 intensiven Erzeugung zu einer CO2 armen Erzeugung ist ein zentrales Handlungsfeld. Die Endlichkeit fossiler Brennstoffe (z.B. von Braunkohle) und die unabsehbaren Folgen von deren Nutzung (z.B. Umsiedlung, Kontaminierung der Spree)

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			stehen dem Konzept der Nachhaltigkeit entgegen, bei dem zukünftige Generationen nicht durch das Handeln unserer Generation heute in ihrer Freiheit eingeschränkt werden sollen. Die Möglichkeit, erneuerbare Energiequellen verstärkt zu nutzen, eröffnet die Chance, Brandenburgs Wirtschaft nachhaltig zu entwickeln.
<b>OK-253</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit beirat	Zu den zentralen Herausforderungen gehört nach Überzeugung des NHB auch, „Die Perspektive einer kohlenstoffarmen Wirtschaft (“low carbon economy”) um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen (“low carbon society”) zu erweitern. Die Förderung der Akzeptanz von CO2-armen Lebensstilen und Verhaltensweisen in Unternehmen und im alltäglichen Leben der Menschen ist dafür von zentraler Bedeutung.“ Diesem Aspekt trägt der Entwurf nicht genügend Rechnung
<b>OK-492</b>	Aust, Jan-Hendrik	Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg	Die stärkere Fokussierung auf den Wärme- und Verkehrssektor, sowie die mittelfristig große Bedeutung der Braunkohle als Faktor für die Wertschöpfung in Brandenburg werden von den IHKs ausdrücklich begrüßt.
<b>OK-357</b>	Ebeling, Rainer		Der wichtigste Punkt wird zu zaghaft angegangen: Energieeinsparung, bedeutet nicht nur Energieeffizient in den Mittelpunkt zu rücken sondern energieintensive Prozesse zu benennen und abzustellen. [Teil 1]  Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen ist der falsche Ansatz, sie sollte eingegrenzt werden. Sonst brauchen wir noch mehr Flughäfen, Straßen und Energie. [Teil 2]
<b>OK-914</b>	Lars Roskoden		<b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-357</b>  Jawohl!
<b>OK-433</b>	Kühne, Martin	LUGV Brandenburg	Der 1. Absatz ist entschiedener in Richtung konsequenter Umsetzung der Energiewende und einer ernst gemeinten Umsetzung der BB-Energiestrategie 2030 zu formulieren: "Die Dynamik der Energiewende und ihre entsprechend gesetzgeberisch gestalteten Randbedingungen...Aus heutiger Sicht kann auf flexible Gas-Kraftwerke noch auf

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			<p>längere Zeit nicht... ".Braunkohle-KW der neuesten Generation existieren in BB nicht; die bestehenden KW liefern mittelfristig noch Residuallast und können künftig nicht mehr im bestehenden Umfang eingesetzt werden, da ansonsten die BB-Klimaschutzziele nicht einhaltbar sind. [Teil 1]</p> <p>Die CCS-Prüfung kann entfallen. Diese nicht nachhaltige Technologie besitzt in Europa keinerlei Realisierungschance mehr. [Teil 2]</p>
<b>OK-205</b>	Böhnke, Frank	Deutscher Bahnkunden-Verband, Landesverband Berlin-Brandenburg	<p>Die bisher im Verkehrssektor verfolgte Strategie der Landesregierung, schwach frequentierte Strecken/Abschnitte und Bahnhöfe bei vorgegebenen Einsparungen im Haushalt abzubestellen, ist weder nachhaltig noch langfristig sinnvoll. Die Förderung emissionsarmer Mobilität müsste die Stärkung des Schienenverkehrs und die Stärkung des Umweltverbundes zur Folge haben. Über unverbindliche Absichtserklärungen kommt der gültige Landesnahverkehrsplan - wie auch seine Vorgänger - leider nicht hinaus. Wer außerhalb des Berliner "Speckgürtels" wohnt, ist auf das Auto angewiesen. Projekte wie der "Kombibus" in der Uckermark (das Zusammenfassen unterschiedlicher Mobilitätsbedürfnisse) könnten beispielgebend für die ländliche Region sein.</p>
<b>OK-520</b>	Land Brandenburg e.V., Frauenpolitischer Rat	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.	<p>Auch an dieser Stelle fehlt es an einer geschlechtergerechten Sprache unter "Anpassung": Entscheidungsträger/innen, Fachplaner/innen, der/die Einzelne</p>
<b>OK-601</b>	Stutterheim, Dennis	Student	<p>Unter dem Punkt "Braunkohleverstromung" wird richtigerweise festgestellt, dass "auf flexible fossile Kraftwerke zur Gewährleistung der Stromversorgung derzeit nicht verzichtet werden kann". Weiterhin wird angemerkt, dass "bei einem Festhalten an der Braunkohleverstromung die Klimaschutzziele Brandenburgs nicht erreicht werden können." Durch den Einsatz von Gaskraftwerken könnten beide Probleme nachhaltig gelöst werden und die fehlende Betrachtung innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie, sowie der Energiestrategie 2030 stellt daher wohl einen groben Mangel dar. Ergänzung daher wünschenswert</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- CCS Technologie rückt durch gescheiterte Demonstrationsprojekte/Gesetzeslage in weite Ferne [Teil 1]</li> <li>- Gas derzeit sehr günstig, mit weiterem Preisverfall ist zu rechnen (Fracking in Europa, neue TANAP Leitung) [Teil 2]</li> </ul>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
<b>OK-931</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		Die im Vergleich hohen Pro-Kopf-CO2-Emissionen in Brandenburg sind in großen Teilen statistisch bedingt. CO2-Emissionen werden dem Ort der Entstehung und nicht dem Ort der Verbrauch zugerechnet. Da Brandenburg über 50 Prozent seiner Energie exportiert, werden die dabei entstehenden CO2-Emissionen Brandenburg zugerechnet, obwohl der Energieverbrauch außerhalb der Landesgrenzen stattfindet. Dieser Sachverhalt sollte bei einer CO2-Betrachtung Berücksichtigung finden und zumindest der „CO2-Exportanteil“ zukünftig nachrichtlich ausgewiesen werden.

### 3. Leitbild

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
<b>OK-434</b>	Kühne, Martin	LUGV Brandenburg	Die Klimaschutzpolitischen Leitbildelemente für die Energiewende sind durch ein Klimaschutzgesetz des Landes zu untersetzen und damit verbindlich festzulegen.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-364	Korreng, Maik		<p>Unter den Schutz wichtiger Ökosystemdienstleistungen für Klima und Wasserhaushalt zähle ich vor allem den Wald, unabhängig der unterschiedlichen Waldgesellschaften, die im Land Brandenburg anzutreffen sind. Dazu zählen auch die Kiefernforstökosysteme, die mittel -und langfristig in naturnahe Waldgesellschaften zu überführen sind. Entsprechende Förderprogramme sollten gerade auch im ländlichen Raum wieder mehr intensiviert werden. Der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern, auch in Kiefernforstökosystemen, sollte generell unterbleiben. Gründe: Verlust von Waldbodenfläche, dadurch weniger CO2 Bindung, hoher Energieaufwand (ökologischer Rucksack) durch Herstellung-, Material- und Transportkosten, Netzausbau, Riegelwirkung und Zerschneidung.</p> <p>Wald ist auch ein Erholungsort für den Menschen!</p>
OK-901	Lars Roskoden		<p>Das Leitbild sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben!</p> <p>Denn Braunkohle ist dreckig (CO2), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig.</p> <p>Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit Erneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden.</p> <p>Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen</p>
OK-936	Cedric von der Hellen (UVB)		<p>Die Energiestrategie 2030 zielt auf das Jahr 2030. Insofern müssen auch in der Nachhaltigkeitsstrategie neben Zielwerten für das Jahr 2050 (Zeithorizont über 35 Jahre!) die Zielwerte für das Jahr 2030 enthalten sein.</p>

## 4. Handlungsfelder

### 4.1 Handlungsfeld 1: Energie und Klimaschutz (Energiewende)

#### 4.1.1 Ziele

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-189, OK-190, OK-191, OK-192, OK-193, OK-194	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgeme- inschaft Prignitz- Oberhavel	Diverse Kommentare
OK-358	Ebeling, Rainer		<p>Unterm 6 Anstrich sollte das Wort vorübergehend gestrichen werden, in wie weit sind Kostensenkung bei Erneuerbar realistisch. [Teil 1]</p> <p>Leider wurden die tierökologischen Abstandskriterien ständig den Erfordernissen angepasst, durch z.B. CEF-Maßnahmen, Kürzung der Abstände zu Horsten, Streichung des Schutzstatus Rotmilan). Zu prüfen sind vor allem die Erfordernisse, in wie weit es erforderlich für eine unzuverlässige Energieversorgung (Wind), die im Primärenergieanteil von Deutschland gerade mal 1,2% ausmacht, die Kriterien anzupassen. [Teil 2]</p>
OK-526	Berlin- Brandenbur- g, Bundesver- band WindEnergie	Berlin- Brandenburg, Bundesverban- d WindEnergie	Den Netzausbau auf Grundlage einer Fortführung der Braunkohleverstromung zu planen, würde zu einer unangemessenen Ausbaudimension führen. Zudem wäre dies die Entscheidung gegen einen Klimaschutz und für eine Fortsetzung der kohlenstoffintensiven Energieerzeugung im Land Brandenburg.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-928	Lars Roskoden		<p><b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-526</b></p> <p>Es muss beim Thema Netzausbau endlich zwischen Übertragungsnetzen, Verteilnetzen und Mittelspannungsnetzen und ihren unterschiedlichen Betreibern unterschieden werden. Da die meisten EE-Anlagen an die Verteilnetze angeschlossen sind, entsteht vor allem dort der "Stromstau". Die Kosten für den dafür notwendigen Netzausbau müssen jedoch nur von den Stromabnehmern in DIESEM Netz bezahlt werden, wodurch sich der Strompreis für Endverbraucher in DIESEN Regionen zusätzlich erhöht. Dahingegen ist fraglich, ob die Übertragungsnetze für die Fortführung der Braunkohleverstromung ausgebaut werden müssen, wenn man mittelfristig aus dieser Art der Elektrizitätserzeugung aussteigt.</p>
OK-437	Sperfeld, Franziska	BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Brandenburg	<p>Im Absatz zu Zielkonflikten ist von nötigem Ausbau der Netze für den Abtransport von Überkapazitäten des Braunkohlestroms die Rede. Der BUND merkt kritisch an, dass der Ausbau der Netze sicherlich für die Spitzen von Wind- und Sonne nötig ist, dass aber der Ausbau nicht auf der Grundlage der Beibehaltung der Braunkohleverstromung geplant werden darf. Der Ausbau wäre ansonsten überdimensioniert und würde die kohlenstoffintensive Energieerzeugung zementieren.</p>
OK-525	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	<p>In Bezug auf das Ziel „Senkung der Pro-Kopf-CO2-Emissionen“ empfehlen wir eine Konkretisierung der Zahlen.</p>
OK-938	Cedric von der Hellen (UVB)		<p>Was ist unter „mittleres globales Niveau“ genau zu verstehen? Eine Quantifizierung sollte aufgenommen werden. Siehe Kommentar zu 3. Leitbild (Klimaschutzpolitische Leitbildelement für die Energiewende): Das Bezugsjahr 2050 – immerhin noch über 35 Jahre – ist durch ein näher liegendes Jahr z.B. 2030 zu ergänzen.</p>
OK-440	Sperfeld, Franziska	BUND - Bund für Umwelt und	<p>Als Ziel wird die Senkung der pro Kopf CO2-Emissionen auf heutiges mittleres globales Niveau angestrebt. Der BUND weist darauf hin, dass dies quantifiziert werden muss, um prüfbar zu sein. Richtet man sich nach den aktuellen Zahlen des World Resource Institutes (Siehe Datenbasis CAIT 2.0) stellt sich dieses Ziel als zu wenig</p>

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
		Naturschutz Deutschland, Landesverband d Brandenburg	ambitioniert heraus. So liegt das heutige globale Mittel bei etwa 6,85 t CO2 pro Kopf. Deutschland hat sich allerdings verpflichtet das 2°C Ziel einzuhalten und dafür den Pro-Kopf-Ausstoß von CO2 auf 2 t zu begrenzen. Das 2°C Ziel ist aus ethischer Verantwortung gegenüber vom Klimawandel bedrohter Länder und zukünftiger Generationen abgeleitet – es sollte durch die Brandenburger Klimapolitik nicht verwässert werden.
<b>OK-464</b>	Popp, Thomas	Landschafts- Förderverein Nuthe-Nieplitz- Niederung e.V	bitte folgenden Anstrich ergänzen unter: Um die Ziele zu erreichen, ist es wiederum notwendig, mittel- und langfristig folgende Vorhaben zu verwirklichen: - Moore als CO2-Senken erhalten bzw. wiederherstellen
<b>OK-524</b>	Berlin- Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin- Brandenburg, Bundesverband d WindEnergie	Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) e.V. begrüßt den Verweis auf die Folgekosten des Braunkohleabbaus. Hier sollten die Kosten in ihrer Höhe quantifiziert und in die Erzeugungskosten des Stroms hineingerechnet werden. Damit wird dem Ziel der Transparenz und Nachvollziehbarkeit Rechnung getragen.
<b>OK-937</b>	Lars Roskoden		<b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-524</b>  Nicht nur die Kosten der Umweltschäden, die aus Steuermitteln finanziert werden und sich im Braunkohlenstrompreis nicht widerfinden(!), müssen Berücksichtigung finden. Es muss klar auf die großen ausgestoßenen Frachten von Schwermetallen (insbesondere Quecksilber und Kadmium) aus Braunkohlekraftwerken hingewiesen werden und deren gesundheitsgefährdenden (Krebsrisiko) Auswirkungen auf die Menschen, die in der Nähe von solchen Kraftwerken wohnen.
<b>OK-940</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		ad Zielkonflikte (Kohlekraftwerke und Klimaschutz): Die höhere Auslastung der Braunkohlekraftwerke ist vor allem der Volatilität der Erneuerbaren Energien geschuldet. Die wetterabhängige Produktion der Erneuerbaren Energien machen dabei einen Netzausbau erforderlich. Die Braunkohlekraftwerke erfüllen dabei zunehmend Back-Up-Funktionen für die Erneuerbaren Energien, die vorrangig ins Stromnetz einspeisen dürfen.
<b>OK-522</b>	Land Brandenburg e.V.,	Frauenpolitisc her Rat Land Brandenburg e.V.	Geschlechtergerechte Sprache unter "Soziale Auswirkungen der Energiewende: Verbraucher/innen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
	Frauenpoliti- scher Rat		
<b>OK-941</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		ad Zielkonflikte (Soziale Auswirkungen und Energiewende): Die steigenden Verbraucherpreise sind vor allem der EEG-Umlage geschuldet. Mittlerweile beträgt die EEG-Umlage pro KW/h über 6 Cent. (Der staatliche bzw. administrative Anteil der Stromkosten liegt mittlerweile über 50 Prozent). Um diese Kosten nicht weiter ansteigen zu lassen, ist eine Reform des EEG dringend erforderlich.
<b>OK-466</b>	Popp, Thomas	Landschafts- Förderverein Nuthe-Nieplitz- Niederung e.V	S.47 unten, unter Zielkonflikte: bitte einfügen in den Satz: Diese Kriterien sind - ebenso wie die Maßstäbe der "guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft" und der Definition aus den Richtlinien zur ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung und ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Bodennutzung - regelmäßig an aktuelle Erfordernisse und Erkenntnisse anzupassen.
<b>OK-459</b>	Hofielen, Gerd	Humanistic Management Center	Grünflächen und Freiflächen sollten nicht für Photovoltaik genutzt werden, sondern dies sollte bevorzugt auf Dächern oder versiegelten Flächen erfolgen.
<b>OK-435</b>	Kühne, Martin	LUGV Brandenburg	S. 46: "Einsatz hocheffizienter und flexibler Kraftwerkstechnologien" konkreter fassen: "Einsatz hocheffizienter... Gas-Kraftwerke", denn weder Hocheffizienz noch die notwendige Flexibilität sind mit den in BB vorhandenen Braunkohle-KW erreichbar. [Teil 1]  zu 4.1.2 Maßnahmen: Es ist unklar, inwiefern die lediglich den status quo widerspiegelnde, relativ unverbindliche Vereinbarung BB-Vattenfall die Braunkohleverstromung nachhaltiger macht. Die Interpretation der relativ langfristigen Rolle der Braunkohle für BB seitens der Landesregierung erschwert die "Organisation eines glaubwürdigen...Partizipationsprozesses zur Energiestrategie" (vgl.S.50). [Teil 2]  Maßnahmen zur Systemtransformation: Auf Dauer ist Braunkohlestrom, nicht die EE,ins Gesamtsystem zu integrieren. S.3 wesentlich verbindlicher formulieren. [Teil 3]
<b>OK-494</b>	Aust, Jan- Hendrik	Landesarbeits gemeinschaft der Industrie- und	Das Ziel der Vervielfachung der Nutzung der Elektromobilität (vgl. Seite 38) ist nicht per se als nachhaltig anzusehen. Der Betrieb eines Elektrofahrzeuges auf der Grundlage des aktuellen deutschen Energiemix` leistet keinen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz. Die Kostenvorteile im Verbrauch werden durch die höheren

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
		Handelskammern des Landes Brandenburg	Investitionskosten aufgezehrt. Klimafreundlicher Individualverkehr kann in ländlichen Räumen derzeit nur mit Biokraftstoffen der 1.Generation gesichert werden.
<b>OK-923</b>	Lars Roskoden		<p><b>Kommentar auf Kommentar OK-494</b></p> <p>Doch, die Nutzung von Elektrofahrzeugen ist als nachhaltiger anzusehen, da der Wirkungsgrad in Elektrizität erzeugenden Anlagen (Windräder und sogar konventionelle Kraftwerke) weit höher als der von Diesel- oder Ottomotoren liegt! Biokraftstoffe sind nur dann nachhaltig, wenn dazu keine Agrarflächen extra in Anspruch genommen sowie gedüngt, gegen Schädlinge bekämpft und mit schweren, dieselfressenden Traktoren befahren werden müssen. Klimafreundlicher Individualverkehr im ländlichen Raum bedeutet, dass viele Dörfer in der Nähe eines Wind- oder Solarparks eine Stromtankstelle stehen haben.</p>
<b>OK-905</b>	Lars Roskoden		Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO <sub>2</sub> ), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Cadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit erneuerbaren Energien pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.
<b>OK-939</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		ad Indikatoren (Energieproduktivität und Wirtschaftswachstum): Dieser Indikator wird in einem Energieexportland – wie Brandenburg – generell höher ausfallen als in einem Importbundesland wie z.B. Berlin. Als Indikator ist die Energieproduktivität daher für eine Zeitreihenbetrachtung (als Veränderung über die Zeit) geeignet.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-300	Tisch 8		Für den Aufbau von Erneuerbaren Energien (alle Formen inkl. Infrastruktur/Leitungen) bedarf es einer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien, die auch den perspektivisch erforderlichen Rückbau mit einschließen.
DV-301	Tisch 8		Der Braunkohle-Abbau und die Verstromung von Braunkohle finden in Brandenburg aus wirtschaftlichen Gründen und zur Sicherung der Energieversorgung statt. Fraglich ist jedoch, ob die Aufrechterhaltung dieser Energieerzeugung „enkeltauglich“ ist. In der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist ein Ausstiegsszenario für Braunkohle unabdingbar. Der Strukturwandel muss dabei langfristig (Legislaturperioden-übergreifend) geplant werden („Mut zur Zukunft“) und Perspektiven für die Beschäftigten im Braunkohle-Sektor beinhalten.
DV-302	Tisch 8		Den Punkten im Leitbild zum Handlungsschwerpunkt wird zugestimmt. Sie sollten in der Strategie in Ziele und Maßnahmen unteretzt werden. Zusätzlich sollte die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien auch in der Landnutzung eine stärkere Berücksichtigung finden.

#### 4.1.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-112	Neunkirchen, Anita	Flächenagentur Brandenburg GmbH	Die Umweltministerin Anita Tack, eine gemeinsame Erklärung der Naturschutzbehörden vom Dezember 2012 zu dem Thema: "Potenziale und Ziele zum Moor- und Klimaschutz" sowie das Umweltgutachten 2012 des Sachverständigenrats für Umweltfragen sehen MoorFutures - Kohlenstoffzertifikate im freiwilligen Kompensationsmarkt- als innovatives und nachhaltiges Instrument für Moor- und Klimaschutz. Wenn es in der Nachhaltigkeitsstrategie also um Maßnahmen geht, mit denen Brandenburg als Modellregion im Umgang mit dem Klimawandel genannt werden kann, sollte auch dieses Konzept der Klimaschutzzertifikate für Moorwiedervernässung Erwähnung finden. Informationen finden Sie unter <a href="http://www.moorfutures.de">www.moorfutures.de</a>
OK-152	Dinter, Klaus	BUND	Maßnahmen kann man erst sinnvoll benennen, wenn man die reale Ausgangsbasis analysiert hat. Dergleichen liegt bisher nicht vor. So ist z. B. die Energiestrategie des Landes Brandenburg höchst umstritten und sie erfordert in unterschiedlichen Regionen differenziertes Handeln, Allerdings fehlt beim genannten Beispiel eine Oberleitung und Koordinierung auf der Bundesebene. Wir sollten uns also erst einmal verständigen, worüber wir überhaupt reden wollen. Dazu bedarf es einer verbalen und durch Kennziffern unteretzten Beschreibung der Ausgangssituation, die eine für alle verbindliche Basis für die Diskussion und das weitere Handeln darstellt.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			Konkrete Maßnahmevorschläge stehen so ziemlich am Ende der Nachhaltigkeitsstrategie.
<b>OK-168</b>	Rumpke, Dr., Christian A.	Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.	Neuer Anstrich an vierter Position: "Verstärkte Berücksichtigung von Verbraucherbelangen in den Energiestrategien des Landes bzw. der Kommunen"
<b>OK-254</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Gemeint ist wohl „zuverlässige“ statt „zulässige „ Energieversorgung
<b>OK-255</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Der NHB begrüßt, dass die regionalen Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotentiale einer dezentralen Energieversorgung erwähnt werden. Aus Sicht des NHB erscheint es aber auch notwendig, die Gefahren darzustellen, die nach weltweiten Erfahrungen den Regionen drohen, die einseitig auf Montanindustrie ausgerichtet sind. Den notwendigen Strukturwandel jetzt schon einzuleiten, ist für die Lausitz unerlässlich, um den Menschen, die dort verwurzelt sind, auch Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.
<b>OK-256</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Der zweite Anstrich „ Anpassung der Braunkohlenverstromung ..der Vereinbarung mit Vattenfall vom 24.9.2013“ erschließt sich nicht.
<b>OK-257</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Im fünften Anstrich wird der Begriff Kaskadennutzung anders als allgemein üblich verwendet. Unter Kaskadennutzung bzw. Mehrfachnutzung wird die Nutzung eines Rohstoffs über mehrere Stufen bezeichnet (z.B. Holz zunächst für einen Dachstuhl, nach dessen Abbau für Möbelspanplatten und dann für die Energieerzeugung). Im Text ist aber an dieser Stelle offenbar eine Priorisierung bei der Landnutzung bzw. Anbauplanung und der Abfallverwertung gemeint.
<b>OK-258</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsbeirat	Beim 13. Anstrich wird auf die Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung kommunaler und quartierbezogener Energie- und Klimaschutzkonzepte hingewiesen. Dies, so hat der NHB vorgeschlagen, kann am verlässlichsten im Rahmen eines Energie- und Klimaschutzgesetzes erfolgen. Der NHB bedauert, dass dieser Vorschlag nicht

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			aufgegriffen wurde, und dass der Entwurf auch nicht ein „integriertes Landes-Energie- und Klimaschutzkonzept“ vorsieht.
<b>OK-309</b>	Hurraß, Manfred	Stadt Cottbus	<p>Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes geht im Wesentlichen flächendeckend auf die Ziele der Energiestrategie 2030 ein. Aus Sicht der Stadt Cottbus (Stromexporteur) muss weiter der Focus auf den Ausbau der Stromnetze sowie auf die Stromspeicherung gelegt werden. Zudem muss auch neben allen Zielen zukünftig Strom bezahlbar bleiben.</p> <p>Das Energiekonzept der Stadt Cottbus verdeutlicht, wie gut jetzt schon die Stadt in Bezug auf die Energiestrategie 2030 aufgestellt ist. Die Umsetzung der darin verankerten Ziele erfordert die Schaffung weiterer Fördermöglichkeiten. Nur so ist es möglich, die gesteckten Ziele zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang sollte die Fördermittelrichtlinie des Landes Brandenburg, REN plus, als das wesentliche Finanzierungsinstrument des Landes bei der Umsetzung der reg (Kommentar Ende)</p>
<b>OK-359</b>	Ebeling, Rainer		<p>Die ermittelten Ausbaupotentiale im Windradausbau der Energiekonzepte erfassen keine ortskonkreten Belange und nicht die realistische Entwicklung der Abstandskriterien zur Wohnbebauung. In der Region Bar/UM wurden die Abstandskriterien nachträglich wieder aufgeweicht, um das Flächenziel zu erreichen. Zurzeit steht noch eine Bundesratsinitiative der Länder Sachsen und Bayern zu höheren Abständen aus. Darauf lassen sich keine Akzente setzen.</p> <p>Akzeptanz wurde nur soweit umgesetzt, dass man sich die Sorgen der Bürger anhört, aber leider nicht umsetzt und nicht darauf eingeht.</p>
<b>OK-956</b>	Lars Roskoden		<p><b>Kommentar auf Kommentar OK-359</b></p> <p>Ganz ehrlich: lieber ertrage ich einen Windpark ist einem Kilometer Abstand von meinem Haus, als dass mein ganzes Dorf wegen der Braunkohle abgebagget wird!</p>
<b>OK-532</b>	Berlin- Brandenburg, Bundesverband	Berlin- Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der BWE vermisst eine eindeutige Aussage zum Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der zukünftigen Energieversorgung.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
	WindEnergie		
<b>OK-530</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Insgesamt sieht der BWE in diesem Entwurf eine Abkehr der Landespolitik von dem Prinzip der Nachhaltigkeit und eine Rückkehr zur fossilen Energiewirtschaft. Die Folgen dieser Entwicklung haben wir kommentiert. Die Konsequenzen aus dieser Politik tragen die kleinen und mittelständischen Unternehmen der Brandenburger Erneuerbare-Energien-Branche.
<b>OK-529</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Die Lausitz braucht jetzt ein Ausstiegsszenario. Nur so können die notwendigen Antworten rechtzeitig gefunden werden. Dies zu ignorieren hätte verheerende Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfung der Region. Nachhaltige Politik muss heute schon die Herausforderungen von morgen angehen.
<b>OK-528</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der BWE befürwortet die avisierte „Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung kommunaler und quartierbezogener Energie- und Klimaschutzkonzepte“, die Betonung der Notwendigkeit einer gleichzeitigen Internationalisierung der Bemühungen und die Ansprache der regionalen Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotentiale einer dezentralen Energieversorgung.
<b>OK-527</b>	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Berlin-Brandenburg, Bundesverband WindEnergie	Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) e.V. vermisst die offene Diskussion eines Klimaschutzgesetzes mit dem unter anderem die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie überprüfbar und transparent würden. Der BWE erwartet von der Landesregierung, dass sie sich im Rahmen der NS mit dem Thema befasst.

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-465	Popp, Thomas	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V	bitte einfügen unter Anstrich: - Entwicklung von Schulen und Bildungseinrichtungen zu energetischen und ökologisch vorbildhaften Lernorten:  z.B. Beteiligung im Rahmen des Projektes des Verbandes Deutscher Naturparke "Netzwerk Naturpark-Schulen"
OK-439	Sperfeld, Franziska	BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Brandenburg	Energiestrategie und Nachhaltigkeitsstrategie beschreiben unterstützungswerte Leitbilder wie eine nahezu CO2-freie Strom- und Wärmerzeugung und Mobilität bis 2050. Leider sind diese Dokumente unverbindlich. Es bedarf aus Sicht des BUND dringend einer verbindlichen Festlegung der Klimaschutzziele in einem Klimagesetz für Brandenburg oder eine Festschreibung in der gemeinsamen Landesplanung mit dem Land Berlin. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte auch diese Maßnahme aufnehmen.
OK-438	Sperfeld, Franziska	BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Brandenburg	Dringender Handlungsbedarf besteht bei dem derzeit laufenden Planungsverfahren zum Braunkohleplan Welzow Süd 2: Ein Tagebau der planmäßig 2028 aufgeschlossen werden soll, konterkariert die Erreichung der Klimaziele und zementiert die kohlenstoffbasierte Energiewirtschaft bis weit über 2050 hinaus. Abbau und Verstromung der Braunkohle auf heutigem Niveau in den schon heute genehmigten Gebieten könnte noch bis 2040 weitergeführt werden können. Der Aufschluss neuer Tagebaue ist unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht zu vertreten und sollte deshalb in der Strategie ausgeschlossen werden.
OK-952	Lars Roskoden		<b>Kommentar auf Kommentar OK-438</b>  Braunkohle ist nicht nachhaltig. Das deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) in Berlin hat im März 2013 ein Gutachten vorgelegt, in dem die Notwendigkeit von Welzow-Süd II und weiteren Tagebauen nicht notwendig ist.
OK-493	Aust, Jan-Hendrik	Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie-	In den vorgelegten Maßnahmen (vgl. Seite 48) wird die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung angestrebt. Für regionale Rohstoffquellen (z.B. die Braunkohle in der Lausitz) und die dort ansässigen Wirtschaftszentren gilt es im Rahmen des Strukturwandels belastbare Zukunftsperspektiven zu entwickeln, um die vorhandenen Wertstoffketten

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
		und Handelskammern des Landes Brandenburg	zu erhalten und auszubauen. Sie dürfen nicht durch eine schleichende Deindustrialisierung gefährdet werden. Dies würde sich negativ für die Zukunft der Region, die Arbeitsplätze und damit die Fortentwicklung der Gesellschaft auswirken. Eine Voraussetzung dafür sind auch eine hohe Versorgungssicherheit mit Strom sowie stabile Strompreise.
<b>OK-943</b>	Lars Roskoden		<p><b>KOMMENTAR auf KOMMENTAR OK-493</b></p> <p>Für die sich erhöhenden Strompreise sind nicht die Erneuerbaren Energien verantwortlich, weil deren Energieträger kostenlos zur Verfügung stehen! Landläufig wird das leider falsch dargestellt und immer wieder falsch nachgesprochen. Es sollte die regionale Wirtschaft dadurch weiter gestärkt werden, indem die Erneuerbaren Energien weiter stark ausgebaut werden, denn sie schaffen bedeutend mehr Arbeitsplätze, als durch Braunkohle erhalten werden. [Teil 1]</p> <p>Und dort, wo der Strom dezentral erzeugt wird, sollten sich gewerbliche Abnehmer finden, die den Strom vor Ort günstiger erhalten. Dazu muss ein Anreizprogramm geschaffen werden, was im Endeffekt jede Menge Kosten für Netzausbau einspart. [Teil 2]</p>
<b>OK-906</b>	Lars Roskoden		Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO <sub>2</sub> ), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit erneuerbaren Eneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.
<b>Ok-944</b>	Cedric von der Hellen (UVB)		"Entwicklung eines spezifischen Leitbildes für die Energieversorgung Berlin-Brandenburg": Ein Leitbild oder Leitszenario ist nicht erforderlich und bereits in der Energiestrategie 2030 enthalten.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-303	Tisch 8		Die Maßnahme „Anpassung der Braunkohleverstromung an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten“ zielt nicht auf eine nachhaltige Entwicklung ab, da die Vereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und Vattenfall die Braunkohle fördert. Stattdessen müsste in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ein Ausstiegsszenario für Braunkohle integriert werden. Dieser Aspekt bedarf bei den Maßnahmen einen eigenen Absatz mit folgenden Unterpunkten: Strukturwandel sozial gestalten, Nutzung der Steuerungsmöglichkeiten des Staates, Partizipation, Zeitschiene zum Ausstieg („Keiner fordert den Ausstieg sofort, aber es darf keine neuen Tagebaue und Braunkohlekraftwerke geben“).
DV-304	Tisch 8		Die Maßnahme „Ausweisung von Zonen in der Regionalplanung“ sollte aus dem Entwurf der Strategie gestrichen werden. Sie stellt eine besondere Spezifikation dar, die nur einen geringen Mehrwert zur Planung von Windenergiekraftwerken hätte.
DV-305	Tisch 8		Bei der Maßnahme „Weitere Maßnahmen“ ist hinzuzufügen, unter welcher Zielstellung sich die Landesregierung an der Weiterentwicklung des EEG und des EnWG beteiligen möchte.
DV-306	Tisch 8		Als neue Maßnahme wird ein Nachhaltigkeits-Check für Pläne, Programme und Strategien der Landesregierung gefordert.
DV-307	Tisch 8		Als neue Maßnahme wird eine Wirkungsanalyse der bestehenden Rahmenbedingungen des Landes Brandenburg vorgeschlagen hinsichtlich ihres Beitrags zur Energiewende.
DV-308	Tisch 8		Bei der Maßnahme „Stärkung der wirtschaftlichen Beteiligung“ sollte auch die finanzielle Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen integriert werden (z.B. über Genossenschaften).
DV-018 [aus Kap A]	Alle Teilnehmer gemeinsam		Energietourismus und Energiekultur sind innovative, neue Ansätze

## 4.2 Handlungsfeld 2: Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel)

### Übersicht

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
Ok-907	Lars Roskoden	-	<p>Lars Roskoden</p> <p>Inhalt: Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO2), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit erneuerbaren Eneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.</p>

#### 4.2.1 Ziele

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
OK-196	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgeme inschaft Prignitz- Oberhavel	I. Zum Thema der Anpassungsstrategien an den Klimawandel haben zuletzt die Bundesforschungsprogramme KLIMZUG (BMBF) und KlimaMORO (BMVBS) einen sehr wichtigen theoretischen als auch praktischen Input geliefert. Eine Haupteckdaten ist, dass die Anpassung an den Klimawandel am besten auf regionaler Ebene zu erfassen und zu gestalten ist. Insbesondere die Regionalplanung ist als räumliche Gesamtplanung in der Lage die verschiedenen sektoralen Belange für ihre Region über Gemeindegrenzen hinweg zu erfassen und zu bewerten. In der BMVBS-Veröffentlichung „Heute Zukunft gestalten. Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ (Berlin, 2013. S.10) heißt es konkret: „Vorsorge mit Blick auf neue räumliche Herausforderungen ist die klassische Aufgabe der Regionalplanung. ...
OK-197	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgeme inschaft Prignitz- Oberhavel	II. ... Sie ist geübt in der Erfassung und Bewertung raumbedeutsamer Daten, in der Abwägung unterschiedlicher Nutzungsansprüche an den Raum, in der Organisation informeller Abstimmungsprozesse und letztlich auch in der oft konfliktbeladenen Durchsetzung von Leitplanken der räumlichen Entwicklung. Damit verfügt sie über alle Voraussetzungen, um bei der Entwicklung und Durchsetzung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel als Initiator, Informator und Koordinator die zentrale Rolle des Spielmachers zu übernehmen. Auch die Bundesregierung in der deutschen Anpassungsstrategie und die Ministerkonferenz der Raumordnung in ihrem Handlungskonzept zur Klimaanpassung weisen der Regionalplanung diese Rolle ausdrücklich zu.“ Daher sollte der regionalen Ebene eine deutlich größere Aufmerksamkeit...
OK-198	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgeme inschaft Prignitz- Oberhavel	III. ... neben der kommunalen Ebene geschenkt werden. Die Ergebnisse aus den o.g. Forschungsprojekten haben zudem gezeigt, dass Kommunen die Adaption an den Klimawandel nicht allein schultern können. Zwar sind Kommunen in der Lage für Verschattung, Siedlungsentwässerung oder innerstädtische Freiluftschneisen zu sorgen, dennoch ist es ihnen nicht möglich überörtlich zusammenhängende Probleme zu lösen. Erst ab der regionalen Ebene können sinnvolle Maßnahmen zur Wasserrückhaltung, zur Hochwasservorsorge, zum Erosionsschutz, zur Freiraumentwicklung, zur Sicherung großräumiger Frischluftschneisen etc. entwickelt und umgesetzt werden. Daher schlage ich vor, dass unter 4.2.1 ein entsprechender Absatz zur Strategieentwicklung und -umsetzung auf regionaler Ebene ergänzt wird. ...
OK-199	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgeme inschaft Prignitz- Oberhavel	IV. ... Dies würde die aktuellen Forschungsergebnisse der verschiedenen Bundesministerien sowie die Erfahrungen aus dem Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin (INKA B-B) angemessen berücksichtigen. Die Regionalen Planungsgemeinschaften Lausitz-Spreewald und Uckermark-Barnim haben im Forschungsprogramm KLIMZUG als Beispielräume mitgewirkt, deren entwickelte Methoden und Erkenntnisse auf der Ebene der Regionalplanung transferiert werden könnten. Der zu ergänzende Absatz sollte demnach darauf eingehen, dass die

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			strategische Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zwischen der Regionalplanung und den Kommunen Hand in Hand geht. Während die Regionalplanung einen Rahmen setzt, können die Kommunen Projekte lokal umsetzen. ...
<b>OK-200</b>	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz- Oberhavel	V. ... In der BMVBS-Broschüre „Heute Zukunft gestalten. Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ (Berlin, 2013. S.14) wird dazu weiter ausgeführt: „Die Regionalplanung kann die kommunale Ebene dabei unterstützen. Sie kann z.B. kommunale Institutionen und Einrichtungen über ihre potenzielle Betroffenheit im Klimawandel informieren oder Informationsgrundlagen und Daten hierzu zur Verfügung stellen. Sie kann ihre Managementenerfahrungen einsetzen und Anpassungsprozesse und –projekte begleiten. Und sie kann zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Vertretern der Fachplanungen und zwischen den Belangen und Eigeninteressen weiterer regionaler und kommunaler Akteure vermitteln.“ ...
<b>OK-351</b>	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz- Oberhavel	VI. ... Diese Kompetenz haben die Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg bereits unter Beweis gestellt und führen diese Arbeit fort. Sie sind zuletzt finanziell und inhaltlich in die Lage versetzt worden, Regionale Energiekonzepte zu erarbeiten und Regionale Energiemanagements aufzubauen. Entsprechend dem Handlungsfeld „4.1 Energie und Klimaschutz (Energiewende)“ wurden auf regionaler Ebene Strategien zur Stärkung der erneuerbaren Energien entwickelt und diese seit 2013 umgesetzt. Somit wäre es auch im Sinne einer stringenten Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, wenn auch die zweite Säule, nämlich das Handlungsfeld „4.2 Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel)“ durch die Regionalplanung inhaltlich begleitet und mit umgesetzt wird.
<b>Ok-908</b>	Lars Roskoden		Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO2), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit erneuerbaren Eneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-309	Tisch 9		Der Aspekt des Wasserhaushalts kommt in diesem Kapitel zu kurz. Klimaszenarien sagen, dass wir extreme Probleme mit dem Wasserhaushalt bekommen werden. Dies wirkt sich auf die Landwirtschaft und die Wasserversorgung allgemein aus.
DV-310	Tisch 9		Der Rückbau der klimarelevanten Messstellen sollte gestoppt werden. Die Kommunen brauchen die Informationen und Daten, um zu sehen, wie die Lage diesbezüglich vor Ort ist – gerade weil zum Beispiel der Wasserhaushalt so ein wichtiges Thema in Brandenburg ist. Es sollte eine Absprache mit den Kommunen erfolgen, wo neue Messstellen erforderlich sind. Ein intensiver Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen (Land und Kommune) ist wichtig.
DV-311	Tisch 9		Es wird empfohlen, eine Grafik zu erstellen, die die Ziele und Indikatoren des Handlungsfeldes übersichtlich darstellt. Es gab jedoch auch gegensätzliche Meinungen dazu. Diese sagten, dass eine Grafik schwierig ist, da die Komplexität des Themas schwer darstellbar ist.
DV-312	Tisch 9		Auf Seite 35 ist die aktuelle Zahl 59,5 Mio. Tonnen und nicht 58,7 Tonnen CO <sub>2</sub> . Das heißt, seit 5 Jahren steigen die CO <sub>2</sub> -Emissionen in Brandenburg wieder an, weil die Braunkohlekraftwerke wieder verstärkt genutzt werden.
DV-313	Tisch 9		Internationaler Austausch fehlt im Handlungsfeld. Was machen andere Länder zu diesem Thema? Wie kann man voneinander lernen? Brandenburg kann von anderen lernen, aber auch gleichzeitig Vorbild für andere sein. Es ist wichtig, diesen Aspekt mit aufzunehmen.
DV-314	Tisch 9		Zu möglichen Konflikten zwischen den Handlungsfeldern wird gesagt, dass die Braunkohleverstromung abzubauen konfliktreich sein könnte, da das mit Arbeitsplatzabbau einhergeht. Rechtzeitig alternative Beschäftigungsoptionen zu bieten, ist wichtig.
DV-315	Tisch 9		Ziele sollten flexibel anpassbar sein, nicht einzementieren, sondern immer wieder neu spiegeln und reflektieren, ob der eingeschlagene Weg richtig ist und wirklich der Nachhaltigkeit dient. Dies sollte so festgehalten werden.
DV-316	Tisch 9		Wenn wir weiter fossile Energien nutzen, haben wir Kosten, die bislang in der Kostendebatte nicht berücksichtigt werden. Auf diese Kosten sollte in der Landesnachhaltigkeitsstrategie verwiesen werden. Direkte und indirekte Kosten sollten aufgegriffen werden.
DV-317	Tisch 9		Zwischen Energiewende und Klimawandel sollten die Zusammenhänge dargestellt. Denn die Energiewende ist ein notwendiger Schritt, um die Anpassung an den Klimawandel zu erleichtern. Daher sollte auch „Energiewende“ wieder in die Überschrift.

#### 4.2.2 Maßnahmen

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
<b>OK-259</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit beirat	Der NHB bedauert, dass seinem Vorschlag, einen weiteren Handlungsschwerpunkt (Bio-diversität im Einklang mit zukunftsweisenden Landnutzungen“ aufzunehmen nicht gefolgt wurde. Wenngleich sich einige Empfehlungen des NHB zu diesem Themenkomplex in dem vorliegenden Entwurf wiederfinden, so ist doch beispielsweise die Anregung, ein integriertes Landnutzungskonzept zu erstellen, nicht aufgenommen worden.
<b>OK-260</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit beirat	Der neunte Anstrich sollte nach Auffassung des NHB präzisiert werden. Als Beispiel hatte der NHB neben dem Hochwasserschutz auch das Niedrigwassermanagement aufgezeigt: Formelle Schranken wie beispielsweise beim (Ab-)Wasserdargebot und eventuellen Bewässerungsbedürfnissen in der Landnutzung müssten überprüft und nach Möglichkeit abgebaut werden.
<b>OK-261</b>	Brandenburg, Nachhaltigkeitsbeirat	Geschäftsstelle Nachhaltigkeit beirat	Ein anschauliches Beispiel politikübergreifender strategischer Ansätze liefert die Problematik des Umganges mit Wasser. Einerseits besteht die Notwendigkeit, dass Oberflächenwasser und Abwasser abgeleitet werden müssen, andererseits ist in vielen Regionen des Landes das Wasserdargebot nicht ausreichend. Gesetzliche Regelungen stehen einer direkten Verwendung geklärter Abwässer als Beregnungswasser derzeit entgegen, denn die Klärwerksbetreiber haben Interesse an einer schnellen Ableitung in Oberflächengewässern. Dies führt zu der bizarren Situation, dass gerade im Umfeld großer Kläranlagen die landwirtschaftlichen Kulturen einem sich durch Klimaveränderungen noch verstärkendem Wasserstress ausgesetzt sind.
<b>OK-195</b>	Nerbe, Nicky	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	Entsprechend der Anregung, die regionale Ebene stärker bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu berücksichtigen (zu Kap. 4.2.1), möchte ich auch einen Vorschlag für einen entsprechenden Maßnahmenkomplex unterbreiten. Ergänzung zu 4.2.2 Maßnahmen:  - Erarbeitung integrierter regionaler Vulnerabilitätsanalysen und integrierter Klimaanpassungskonzepte zur Identifikation der räumlichen Anpassungserfordernisse und zur Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen auf regionaler Ebene. Deren informelle und formelle Umsetzung kann auf regionaler und kommunaler Ebene erfolgen.
<b>OK-467</b>	Popp, Thomas	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung e.V	bitte unter 4.2.2 Maßnahmen aufnehmen:  - Bildung und Vernetzung von außerschulischen Bildungsorten

Online-Konsultation			
ID	Autor	Institution	Kommentar
			- Beteiligung von Bildungseinrichtungen und außerschulischen Lernorten als Kooperationspartner am Projekt "Netzwerk Naturpark-Schulen" des Verbandes Deutscher Naturparke
OK-909	Lars Roskoden		Man sollte die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle festschreiben! Denn Braunkohle ist dreckig (CO2), gefährlich (große Frachten an Quecksilber und Kadmium erhöhen das Krebsrisiko um Kraftwerke deutlich!!), teuer (ja!, wenn das Land auf seine Subventionen verzichten würde und die Landeigentümer eine jährliche Pacht erhalten würden), unberechenbar in den Folgen (Verockerung der Gewässer), Lebensraum zerstörend, heimatlos machend, unflexibel, nicht zukunftsfähig. Es lassen sich viel mehr Arbeitsplätze mit erneuerbaren Eneuerbaren pro installierter Leistung und erst recht je erzeugter Strommenge schaffen, als mit Braunkohle erhalten werden. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien lassen sich auch heimische und kostenlos zur Verfügung stehende Energieträger langfristig nutzen.

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
DV-318	Tisch 9		Ein Nachhaltigkeitscheck für Landesprogramme sollten bei den Maßnahmen aufgenommen werden. Der wurde entwickelt, taucht aber kaum noch auf. Alle Themenfelder sollten dem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden. Vorhandene gesetzliche Instrumente zur Nachhaltigkeitsprüfung sollten weiterentwickelt werden.
DV-319	Tisch 9		Der Ausbau des Grundwassermessnetzes und des zugehörigen Informationsnetzes sollten als Maßnahmen aufgeführt werden. Kommunen sollen bei der Suche weiterer Messstellen einbezogen werden. Fortführung des Wasserhaushaltsmanagements sollte erwähnt werden. Grundsätzlich sollten Kommunikationsstrukturen bzgl. aller klimarelevanten Daten ausgebaut werden.
DV-320	Tisch 9		Wichtige Kommunikation zwischen allen Verwaltungsebenen soll bzgl. klimarelevanter Aspekte gefördert werden. Und dabei auch berücksichtigen, dass die Informationen bei den Bürgerinnen und Bürger ankommen.
DV-321	Tisch 9		Die erfolgreiche Politik im Bereich Hochwasserschutz fortzusetzen, wird als wichtige Maßnahmen angesehen. Interdisziplinäre Lösungskonzepte zu finden, ist dabei ein wichtiger Aspekt. Risikomanagementplanung auf andere Bereiche neben dem Hochwasserschutz, in dem das bereits passiert, ausdehnen.
DV-322	Tisch 9		Die Vorsorge- und Katastrophenschutzdienste zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sollten überprüft werden. Es sollte ein Warnsystems für Extremwetterlagen entwickelt werden. Dies umfasst Katastrophenvorsorge

Dialogveranstaltung			
ID	Tisch	-	Kommentar
			sowie die Bürgerinnen und Bürger für den Umgang mit diesen Situationen zu stärken. Hier könnte in Blick auf die internationale Ebene helfen, auf der es bereits gute Beispiele dafür gibt."
<b>DV-323</b>	Tisch 9		Länderübergreifende Zusammenarbeit durch internationale Zusammenarbeit ergänzen.
<b>DV-325</b>	Tisch 9		Zum Handlungsfeld Energie: Die Glaubwürdigkeit der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte gewährleistet werden. Die Anpassung der Braunkohleverstromung an Nachhaltigkeitsgesichtspunkte ist nicht glaubwürdig, denn nachhaltige Braunkohleverstromung gibt es nicht. Dieser Satz setzt die Energiestrategie 2030 außer Kraft.
<b>DV-324</b>	Tisch 9		Planungsinstrumentarium in der Regionalplanung für die Risikobestimmung des Klimawandels zu erweitern ist eine weitere Maßnahme, die aufgenommen werden sollte.